



„Die Angst ist der Wut gewichen“

Tihange 2: Der Aachener Peter Laws ist bereit für den atomaren Unfall. Schon allein wegen seiner Töchter sei er dazu verpflichtet.

VON MADELEINE GULLERT

Aachen. Peter Laws ist auf den atomaren Ernstfall vorbereitet. Der belgische Pannenmeiler Tihange 2 liegt nur 65 Kilometer von Laws Wohnung entfernt. Das beunruhigt ihn, wie viele andere Aachener auch. Weil Laws sich nicht von der Angst lähmen lassen will, hat er gehandelt. Er hat sich über den Meiler informiert und hält ihn für gefährlich. Deshalb hat sich Laws eine Ausrüstung für den Notfall angeschafft.

Was also würde passieren, sollte der GAU eintreten? Laws hat das minutiös geplant. Er würde sich eine seiner Atemschutzmasken aufsetzen. Sie soll vor Giften schützen.

„Ich reagiere nur auf eine ganz konkrete Bedrohung: Tihange 2 und Doel 3 müssen abgeschaltet werden.“

PETER LAWS, AACHENER

zen. Die genormten FFP3-Masken sind die effektivsten. Sie sollen 99 Prozent aller Partikel filtern – zumindest einige Stunden lang. Einen Zehnerpack solcher Masken gibt es im Internet für 30 Euro. Schutzanzüge hat Laws auch und Schutzbrillen. In dieser Montur könne man zumindest heil nach Hause kommen, ohne kontaminiert zu werden, sagt der selbstständige IT-Spezialist.

Töchter haben Masken stets dabei

Seine beiden Töchter (13, 15) haben ihre Atemschutzmasken in ihren Schulranzen. „Sollte es eine atomare Wolke geben, sollen sie direkt nach Hause kommen. Auch wenn der Lehrer etwas anderes anordnet“, sagt der geschiedene Vater. Dann würde er die Fenster mit einem speziellen Schaum versiegeln und sich mit den Töchtern in der Wohnung aufhalten. Vorräte hat er genug: Wasser für mehrere Tage, Saft, haltbares Essen. „Wenn die größte Panik vorbei wäre, würden wir uns ins Auto setzen und losfahren.“ Wohin? Nun, das hinge davon ab, wohin der Wind die atomare Wolke wehe. „Lachen Sie nicht!“ Die Türkei sei eine Option. Nur, das müsse man sich auch leisten können.

Und was ist mit den Jodtabletten, um deren Verteilung es in den vergangenen Tagen wieder vermehrt Diskussionen gab? Ja, sagt Laws, er habe sich auch Jodtabletten gekauft. Die aber seien doch lediglich so etwas wie „Beruhigungspillen“, weil sie nur gegen eine Krebsart helfen. Das Chaos bei einer Verteilung erst im Ernstfall möchte er sich aber nicht antun. Außerdem vertraut er der Informationskette zwischen Belgien und Deutschland nicht. „Wer weiß, wann wir von einem Unfall erfah-



Atemschutzmasken, Schutzanzüge und Schutzbrillen: Der Aachener Peter Laws überlässt nichts dem Zufall. Er wünscht sich, dass der belgische Meiler Tihange 2 abgeschaltet wird. Doch so lange der Reaktor am Netz ist, müsse man für den Ernstfall gewappnet sein. Fotos: Harald Krömer

ren?“ Wenn Tabletten aber zu spät eingenommen würden, könnte das schädlich sein.

„Und halten Sie mich jetzt für einen Spinner?“, fragt Laws, nachdem er seine Überlebens-Ausrüstung auf seinem Wohnzimmermischelbühnen aufgebaut hat. Er weiß, dass sein Vorgehen so folgerichtig er es findet, auf andere Menschen mitunter seltsam wirkt. Er würde in eine Ecke gestellt mit sogenannten Preppern, die sich auf jede Art von Katastrophe vorbereiten. Es gebe Gerüchte, er habe einen Bunker gebaut. Völliger Blödsinn. „Ich reagiere nur auf eine ganz konkrete Bedrohung: Tihange 2 und Doel 3 müssen abgeschaltet werden.“ Ganz bewusst trete er öffentlich betont seriös auf, mit Hemd und nicht mit Anti-Atom-Shirt, für das er ohnehin nicht der Typ wäre. „Ich bin kein Aktivist.“

Ein Freund der Kernenergie sei er zwar noch nie gewesen. „Ein zu teures Risiko.“ Aktiv geworden sei Laws aber erst, als ihm das Ausmaß der Probleme in Tihange und Doel bewusst geworden sei.



Jeder sollte sie haben, sagte Peter Laws: eine Atemschutzmaske.

2012 wurde bekannt, dass sich in den Reaktordruckbehältern der Meiler Tausende Risse oder Wasserstofflocken befinden. Tihange 2 und Doel 3 wurden von März 2014 bis Dezember 2015 wegen Sicherheitsbedenken vom Netz genommen. Die belgische Atomaufsichtsbehörde FANC erlaubte dem Betreiber, der französischen Firma Engie Electrabel, das Wiederanfahren. Internationale Wissenschaftler hätten die Sicherheit bewiesen. Doch daran zweifeln nicht nur Atomgegner, sondern auch deutsche Atomexperten der Bundesregierung.

Nach dem Studium etlicher wissenschaftlicher Untersuchungen und Regierungsberichten – Laws ist einer der Nummern von Bundestagsdrucksachen auswendig kennt, – sei er mehr als besorgt. Ein Gefühl, das viele Menschen in der Region umtreibt.

„Es gibt einige Menschen hier, die sich auf einen atomaren Unfall vorbereiten“, sagt Jörg Schellenberg vom Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie. Da gibt es den Aachener, der sein Wohnmobil immer abfahrbereit vor dem Haus stehen hat. Oder das Ehepaar, das sich vorsorglich mit Konserven eindeckt. Schutzmasken und Anzüge seien sinnvoll, gibt Schellenberg zu. „Eigentlich müsste das jeder ha-

ben.“ Es entspräche auch den Empfehlungen, etwa des Robert-Koch-Instituts. Er selbst habe aber nur Jodtabletten. „Ich kämpfe dafür, die Meiler abzuschalten. Ich weigere mich, mich auf einen GAU vorzubereiten.“ Es wäre wohl eine Art Eingeständnis für den Mann, der sein Leben dem Kampf gegen AKW gewidmet hat.

„Ich will nicht die Menschheit retten, aber ich habe einen Plan für uns drei.“

PETER LAWS

Laws sieht das pragmatisch. Wenn es eine Möglichkeit gibt, sich zu retten, müsse man die wahrnehmen. Für 25 Euro bekomme jeder ein vergleichbares Survival-Set. Er wünscht sich, dass der Staat zumindest die Schutzmasken jedem Bürger zur Verfügung stellt. Auch wenn er keine Weltuntergangsszenarien herbeireden will, fragt er sich schon, was passiere, wenn seine beiden Töchter als einzige Masken hätten. „Die Gefahr besteht, dass jemand sie ihnen wegnimmt.“ Auch weil er eine Panik fürchtet, würde er sich in den ersten Tagen nach einem atomaren Unfall in seiner Wohnung verschließen.

Seine Familie und seine Bekannten finden gut, was Laws da macht. Gerade seine Töchter. „Die beiden hatten Angst, als sie von immer neuen Pannen in Tihange hörten“,

sagt Laws. Gemeinsam hätten sie überlegt, was man tun könne. Auch wenn er sich nicht vorstellen mag, dass plötzlich die Sirenen losheulen. „Ich will nicht die Menschheit retten, aber ich habe einen Plan für uns drei.“

Dann wickelt die Angst dem Ärger. „Warum lasst Ihr Erwachsenen das zu?“, hätten seine Töchter gefragt. Ihretwegen habe er die Pflicht, zu handeln: etwa, indem er Interviews gibt. Dabei stehe er gar nicht so gern im Mittelpunkt. „Die Bevölkerung muss sich weiter gegen Tihange 2 und Doel 3 wehren. Nur so kann man der Bundesumweltministerin ein Momentum zum Handeln geben.“ Ohne die bisherigen Proteste aus der Grenzregion und aus NRW – wer weiß, ob sich Barbara Hendricks (SPD) mit dem Thema überhaupt befasst hätte? Immerhin forderte die Umweltministerin Belgien kürzlich dazu auf, die Meiler vorübergehend stillzulegen. Passiert ist nichts.

Innenministerium: Gespräch verschoben

Das Gespräch über den Katastrophenschutz, zu dem NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) Aachens OB Marcel Philipp, den Heinsberger Landrat Stephan Pusch, den Dürener Landrat Wolfgang Spelthahn (alle CDU) und den Euskirchen Landrat Günter Rosenke (parteilos) für morgen eingeladen hatte, ist verschoben. Laut Ministerium gab es nur eine Zusage.

Unbekannter Anrufer beruft sich auf Innenministerium

Polizei-Zeugen berichten im Untersuchungsausschuss über einen Einflussversuch der Landesleitstelle bei den Silvester-Übergriffen

VON JOHANNES NITSCHMANN

Düsseldorf. In dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zu den Übergriffen in der Kölner Silvesternacht haben zwei Kripobeamtinnen ausgesagt, dass es von der Landesleitstelle einen Einflussversuch auf polizeiinterne Darstellungen über die Sexualverbrechen an jungen Frauen gegeben habe.

Konkret habe sich der Anrufer darum bemüht, die Einstufung als Vergewaltigung in der sogenannten WE-Meldung über „wichtige Ereignisse“ zu korrigieren und abzuschwächen, erklärte der Kölner Kriminalhauptkommissar Jürgen H. gestern vor dem U-Ausschuss des Düsseldorfer Landtags.

Die Landesleitstelle habe ihre Intervention mit „Wünschen aus dem Ministerium“ begründet.

Der Zeuge Jürgen H. berichtete, ein ihm bis heute nicht namentlich bekannter Anrufer aus der Landesleitstelle habe am Mittag des 1. Januar 2016 verlangt, die erste WE-Meldung des Kölner Polizeipräsidiums über eine Vergewaltigung in der vorangegangenen Nacht zu stornieren. Für den 52-jährigen Beamten sei dieser Eingriffsversuch „ein Novum“ gewesen. Er selbst habe einen solchen Anruf während seiner langjährigen Dienstzeit noch nie erlebt.

Laut Polizeidarstellung hatte eine junge Frau Strafanzeige erstattet, weil ihr inmitten eines 50-köp-

figen Pulks ausländischer Männer „Finger in ihre Körperöffnungen eingeführt“ worden waren. „Das sind doch keine Vergewaltigungen. Diesen Begriff streicht ihr! Die schreibt ihr am besten ganz neu“, habe der Anrufer aus der Landesleitstelle in barschem Ton eine Stornierung der WE-Meldung verlangt. Dabei habe er sich ausdrücklich auf das Innenministerium berufen.

Diskussion, aber keine Anordnung

Das etwa einminütige Telefonat sei eine lautstarke Diskussion, aber „keine Anordnung und keine Weisung“ gewesen, sagte der Kriminalhauptkommissar weiter.

Brizanz bekommt die Aussage

der beiden Kölner Kripobeamtinnen vor dem U-Ausschuss, weil NRW-Polizeinspekteur Bernd Heinen noch im April vor dem Innenausschuss des Landesparlaments versichert hatte, dass es am Neujahrstag definitiv kein Telefonat zwischen der Landesleitstelle und dem Kölner Polizeipräsidium gegeben habe. Zugleich hatte das Innenministerium entsprechende Medienberichte entrüftet als falsch zurückgewiesen.

Ein zweiter Polizeibeamter bestätigte vor dem U-Ausschuss die Aussagen seines Kollegen. Er habe das Telefongespräch mit der Leitstelle mitbekommen. „Es war schon wie ein Faustschlag“, sagte der Zeuge Joachim H.

Der Anrufer aus der Leitstelle

habe mit seiner Einschätzung „fachlich völlig falsch“ gelegen. Da habe sich „wohl ein Einzelner überhöht“. Sein Ansinnen, das Vergewaltigungsdelikt abzuschwächen, sei „Unsinn“ gewesen. Die Identität des Anrufers sei auch ihm bis heute unbekannt, bekundete der 52-jährige Kripobeamt. „Aber wenn man das möchte, kann die Person namhaft gemacht werden.“

Bisher hatte es vom Innenministerium jedoch keine erkennbaren Bemühungen gegeben, den Anrufer aus der Leitstelle zu ermitteln.

Der Untersuchungsausschuss will jetzt die entsprechenden Beweisanträge stellen und womöglich die Telefonlisten in der Landesleitstelle beschlagnahmen lassen.

ZAHLE DES TAGES

38 000

Die Landesregierung erwartet zum kommenden Schuljahr rund 38 000 Schüler zusätzlich an den Schulen in NRW. Das geht aus einem Bericht des NRW-Schulministeriums hervor. Grund dafür sei die große Zahl von Flüchtlingskindern. Insgesamt müssten im Schuljahr 2016/2017 rund 2,34 Millionen Schüler unterrichtet werden. Der Rückgang an den Haupt-, Real- und Förderschulen falle dadurch geringer aus als angenommen, heißt es. An allen anderen Schulformen wird mit einem Anstieg der Schülerzahlen gerechnet. Die Lehrerstellen seien ausreichend, da sie bereits um 3450 Stellen erhöht worden seien. Das Land plant für dieses und nächstes Jahr rund 584 Millionen Euro zusätzlich an Personal- und Sachkosten für die Unterrichtung und Integration von Zuwandererkindern ein. (dpa)

KURZ NOTIERT

Mann kollabiert und stirbt in Gewahrsam

Köln. Die Todesursache des Mannes, der am Sonntag in Köln im Polizeigewahrsam gestorben ist, war seine Herzerkrankung. Die Obduktion habe keinen Hinweis auf Fremdverschulden ergeben, teilte die Kölner Staatsanwaltschaft gestern mit. Der 53-Jährige war am Nachmittag im Kölner Stadtteil Chorweiler wegen häuslicher Gewalt gegenüber einer Familienangehörigen festgenommen worden. Bei seiner Festnahme wies er auf eine Herzerkrankung hin. Weil bei dem Mann 2,4 Promille Alkoholpegel gemessen wurden, brachte ihn die Polizei zur Ausnüchterung und Verhinderung weiterer Straftaten ins Präsidium. Seine Medikamente konnte der 53-Jährige nach Polizeiangaben mitnehmen. Noch während die Beamten auf einen Arzt warteten, der die Haftfähigkeit beurteilen sollte, brach der Mann zusammen. Ein Notarzt ließ ihn ins Krankenhaus bringen, wo er jedoch starb. (dpa)

Dealer mit einem Kilo Drogen verhaftet

Aachen. Am Samstagabend ist ein 43-jähriger Drogendealer festgenommen worden. Wie die Bundespolizei erst gestern mitteilte, wurde der Mann von einer Streife der Bundespolizei am Hauptbahnhof Aachen kontrolliert. Bei der Kontrolle wollte er den Beamten demnach zunächst seine Identität verschleiern, indem er behauptete keinen Ausweis zu besitzen. Der Ausweis wurde später bei ihm gefunden. Zudem befand sich in seiner mitgeführten Tasche noch mehr als ein Kilogramm Amphetamin im Schwarzmarktwert von rund 10 000 Euro. Die Drogen wurden beschlagnahmt. Der Dealer wurde nach seiner Festnahme dem Haftrichter vorgeführt. (red)

Mann in Mainacht in Köln niedergestochen

Köln. Ein 24-Jähriger ist in der Mainacht in Köln niedergestochen worden. Wie die Polizei berichtete, fanden ihn Sicherheitskräfte nahe des Rheinparks auf dem Boden. Er wurde mit einer Stichverletzung in der Brust in eine Klinik gebracht. Die Polizei fahndet nach drei Räufern, die bereits zuvor mit einem Baseballschläger, einem Messer und einem Elektroschocker Besucher einer Geburtstagsparty bedroht und zur Herausgabe ihrer Handys gezwungen haben sollen. Es soll sich um die gleichen Täter handeln. (dpa)

KONTAKT

Regionalredaktion:
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-469
Fax: 0241/5101-360
euregio-an@zeitungsverlag-aachen.de